Deutschen Stiftung für Entwicklungsländer und der Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung.

Kreuz und quer kann gegenwärtig jede der Kontaktstellen zu einem Projekt Stellung nehmen, Details anfordern, Einwände erheben und es dadurch zeitlich hinauszögern. Das meiste wird vielfach und oft überflüssig beraten.

Ein Aufbauvorhaben in Indonesien etwa berührt — außer einer Vielzahl an Spezialfragen des Projekts interessierter Referate verschiedener Ministerien — das Referat Mittel- und Südostasien im Bundeswirtschaftsministerium, die Politische Abteilung im Auswärtigen Amt, aber auch die Abteilung Handels- und Entwicklungspolitik im AA.

Die Handelspolitiker Gerhard Schröders jedoch werden über Indonesien nichts zu melden wissen, was etwa dem Bundeswirtschaftsministerium unbekannt wäre. Auf ihre Mitwirkung an der Beratung könnte mithin leicht verzichtet werden.

Auch Vizepräsident Bretschneider, zur Zeit Westdeutschlands oberster Finanzkontrolleur, folgerte, daß „die (bisherige) Koordinierung einer Fülle von Ministerien, Abteilungen, Referaten, nachgeordneter Behörden und sonstiger Einrichtungen nur mit großem Verwaltungsaufwand möglich ist".

Freidemokrat Scheel fühlt sich zur Eile aufgerufen, weil mit der Veröffentlichung der Denkschrift die Kritik an dem Kompetenz-Wirrwarr in Bonn einen neuen Höhepunkt erreichen wird. In einem Brief, den der CDU-Abgeordnete Fritz und seine Parteifreunde Gewandt und Althammer (CSU) am 23. Januar an ihn richteten, konnte er lesen:

„Äußerungen von Vertretern der Opposition lassen keinen Zweifel, daß die noch immer höchst unbefriedigend gelöste Organisation der Entwicklungshilfe mit ihrer ganzen Schwere von dort zur Sprache gebracht werden wird."

Scheel wird deshalb von den drei Christdemokraten aufgefordert, „beschleunigt und nachdrücklich innerhalb der Bundesregierung auf eine rasche Regelung dieser aus der Sache zwingend gebotenen organisatorischen Zusammenfassung der Entwicklungshilfe in Ihrem Ministerium zu dringen".

So geeignet der Brief ist, für Walter Scheel im Bundeskabinett Stimmung zu machen, so fatale Konsequenzen kündigt er für den Fall des Mißlingens der Scheel-Vorstöße an.

Falls die zeit- und geldraubenden Kompetenzüberschneidungen nicht in den anderen Ministerien gekappt werden können, so heißt es, werde der Haushaltsausschuß (Fritz: „Das große Streichorchester") bei der Beratung des Etats für das Scheel-Ministerium selbst rigoros Kürzungen empfehlen.

VERBÄNDE

SKAT

Wenn die Karte nicht läuft

Das siebenköpfige oberste Gericht der DDR verständigte die drei höchsten Richter der Bundesrepublik: Sämtliche bundesdeutschen Grundsatz-Urteile seien ab sofort auch in der Deutschen Demokratischen Republik gültig.

Die gesamtdeutsche Rechtsprechung, zu der sich im thüringischen Altenburg ein sozialistisches „Aktiv" bekannte, ist allerdings auf ein Teilgebiet des ostwestlichen Männer-Lebens beschränkt: auf das Skatspiel.

Den Bescheid aus Thüringen erhielt der gebürtige Oberschlesier und heutige Westfale Johannes Fabian, 52, der tagsüber der ordentlichen Justiz in Bielefeld als Buchhalter der Gerichtskasse und nach Feierabend der Skat-Justitia als Vorsitzender des höchsten Fachgerichts dient.

Der Freizeit-Richter Fabian, der sich wie seine beiden Beisitzer mehrfach Meistertitel erspielte und alljährlich etwa 240 Entscheidungen fällt, amtiert überdies als Vorsitzender des 5400köpfigen „Deutschen Skatverbandes". Zweck laut Paragraph 3 der Satzung: „Pflege, Ausbreitung und Reinhaltung des Skat-



Skat-Richter Fabian
Was liegt, liegt

spiels als deutsches National-Kartenspiel."

Dieser nationalen Aufgabe mußten sich die westdeutschen Kartenkünstler bis vor kurzem allein widmen. Skat zählte in der DDR nicht zu den staatlich geförderten Sportarten.

Die sozialistischen Herren zwischen Elbe und Oder duldeten nicht einmal, daß sich ihre skatspielenden Untertanen organisierten — wie die Hundezüchter in der „Gesellschaft für Sport und Technik" und die Briefmarkensammler im „Kulturbund zur demokratischen Erneuerung Deutschlands".

Im Arbeiter- und Bauernstaat wurde eine halbjahrhundertjährige Tradition mißachtet: In Altenburg, dem Sitz der größten deutschen Spielkarten-Fabrik, war 1899 der „Deutsche Skatverband" gegründet worden. Nach dem Zweiten Weltkrieg verlegte der damalige Vorsitzende Erich Fuchs Wohn- und Verbandssitz von Altenburg nach Bielefeld. Und auch die Fabrikanten emigrierten: Die „Echten Altenburg-Stralsunder" Karten, die heute in der Bundesrepublik Trumpf sind, werden in Stuttgart hergestellt.

Seit 1954 wurde kein offizieller Grand mehr zwischen Ost und West gespielt. Erst neun Jahre später, im Herbst 1963, ging in Fabians Bielefelder Postfach 2102 wieder ein Brief mit Ulbricht-Marke ein: Der Rat der Stadt Altenburg lud zu einem Skatturnier ein.

Der Bielefelder Verbandschef hielt es für ratsam, zunächst das Plazet des jahrelang von dem passionierten Skatspieler Ernst Lemmer geleiteten Bonner Ministeriums für gesamtdeutsche Fragen einzuholen. Dann stellte er die vierköpfige Delegation sorgfältig nach drei Aspekten zusammen: Die Turnierreisenden sollten laut Fabian „politisch nicht belastet", also keine DDR-Flüchtlinge sein, „das nötige Maß an Intelligenz" besitzen und sich als Spieler von Rang bewährt haben.

Diese drei Bedingungen wurden vom Vorsitzenden, vom Kassierer, vom Pressewart und von einem weiteren Aktiven des Verbands nach eigener Einschätzung erfüllt.

In Altenburg, wo statt der sonst amtierenden Volkspolizisten 32 als Spielkarten kostümierte Mädchen den Weg zu den 13 Turnierstätten wiesen, zeigte sich jedoch, daß im Verbands-Quartett die dritte Eigenschaft nur schwach entwickelt war: Der beste Bundesbürger erhielt den 92. Preis, einen chinesischen Tintenkuli im Werte von 52 Ostmark. Dazu Fabian: „Was will man machen, wenn die Karte nicht läuft?"

Die Gäste litten auch unter einem ungewohnten Handikap. Sie mußten in den volkseigenen Lokalen nach den alten Reichs-Regeln aus dem Jahre 1939 spielen.

Mitspieler Fabian hingegen hatte sich seit Kriegsende erfolgreich bemüht, einen neuen „harten Kurs" durchzusetzen und das bundesdeutsche Skatrecht um strenge Regeln zu bereichern. So gilt uneingeschränkt der Grundsatz: „Was liegt, liegt" (Abschnitt C, Artikel IX, Absatz 1 der „Skatordnung").

Den Skatbrüdern im Osten war diese Neuerung ebenso fremd wie die westliche Regel, ein Grand müsse mit 24 statt wie früher mit 20 Punkten angerechnet werden.

In Altenburg blieb es beim 20er-Grand, doch die thüringischen Grand-Seigneurs — vor allem das siebenköpfige „Skataktiv" — begeisterten sich für die westlichen Novitäten. Fabian ließ deshalb sein Gesetzbuch, die 48seitige „Skatordnung", zurück.

Vier Monate später, Anfang dieses Monats, teilten die Altenburger Skataktivisten dem Bielefelder Skatrechtler mit, seine Ordnung werde akzeptiert; das „Aktiv" habe bereits mehrere Dutzend Urteile in diesem Sinne gefällt.

Fabian hat die DDR-Spieler zu einem Gegen-Skat in die Bundesrepublik eingeladen und hofft sogar auf künftige gesamtdeutsche Titelkämpfe.

DDR-intern führte die neue Skatbegeisterung bereits zu meßbaren Erfolgen beim Aufbau des Sozialismus.

In dem 68 Kilometer von der Skatstadt Altenburg entfernt gelegenen Apolda konnte ein Funktionär der staatlichen „Handelsorganisation" (HO) mit Hilfe von Grand und Null-Ouvert eine Lücke in der Bilanz füllen: Er organisierte Turniere, kassierte von allen Spielern Startgelder und kaufte dafür Sieger-Preise in seiner HO. Das Umsatz-Soll wurde erfüllt.